



**Fachvereinigung
Kaltwalzwerke e.V.**

E ♦ C ♦ R ♦ A

European Cold Rolled Section Association

Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. / ECRA - Postfach 30 03 33 - 40403 Düsseldorf

Herrn/Frau ...
Mitglied des Europäischen Parlaments

Per E-Mail an: ...@ep.europa.eu

Hausanschrift:
Kaiserswerther Str. 137
40474 Düsseldorf
www.fv-kaltwalzwerke.de

Vereinsregister Düsseldorf VR 3021
Umsatzsteuer 105 / 5886 / 0227

Deutsche Bank DEUTDEDDXXX
DE 70 3007 0010 0175 4589 00

Commerzbank COBADEFFXXX
DE47 3004 0000 0178 1004 00

Ansprechpartner:
Nicole Rudolf
Tel: 0211 4564-124
Fax: 0211 4564-122
rudolf@fv-kaltwalzwerke.de

Düsseldorf, 11.01.2024

Position der Kaltwalzindustrie und Kaltprofilierbranche zur Umsetzung des CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism / CO₂-Grenzausgleichsmechanismus

Sehr geehrte/r Frau/Herr ...

die Fachvereinigung Kaltwalzwerke e.V. (FVK) und die European Cold Rolled Section Association (ECRA) vertreten als deutsche Fachverbände die Belange der Hersteller von kaltgewalzten Bandstählen bzw. von kaltprofilierten Stahlprofilen. Im Folgenden wollen wir Ihnen im Namen der überwiegend mittelständischen und inhabergeführten Mitgliedsunternehmen unsere Einschätzung zu den Folgen der Verordnung zur Schaffung eines CO₂-Grenzausgleichssystems (2023/956) darstellen.

Bereits seit dem 1. Oktober 2023 greifen Pflichten aus der entsprechenden CBAM-Verordnung. In der Übergangsphase bis Ende 2025 müssen Importeure für Importe aus Nicht-EU-Ländern CO₂-Bilanzen erfassen und melden. Abgaben werden ab 2026 mit schrittweiser Erhöhung fällig, bis Importeure im Jahr 2036 pro Tonne CO₂-Ausstoß genauso wie die europäische Konkurrenz belastet werden. Im gleichen Ausmaß, in dem die CBAM-Abgabe ansteigt, plant die Kommission, die kostenlose Zuteilung von ETS-Zertifikaten an EU-Unternehmen zu reduzieren.

Nachfolgend sind die aus unserer Sicht unzumutbaren Konsequenzen für kleine und mittelständische Unternehmen der Kaltwalz- und Kaltprofilierindustrie dargestellt.

- **Wertschöpfungsketten**
CBAM erfasst nur kleine Teile der innereuropäischen Wertschöpfungsketten (Rohmaterial und erste Verarbeitungsstufe). Eine vollständige Abdeckung aller Importe in die EU ist aufgrund der nicht beherrschbaren Komplexität unmöglich. Daher erhöht die Einführung des Klimazolls den Verlagerungsdruck der verarbeitenden Industrie in das nicht durch CBAM betroffene Ausland. Kunden der Kaltwalz- und Kaltprofilierindustrie sind ausschließlich in der verarbeitenden Industrie zu finden. Unsere Kunden verlagern zunehmend ihre Produktion in nicht-EU-Länder und importieren die dort gefertigten Komponenten, die nicht durch CBAM erfasst werden können, ohne Klimaabgaben in die EU. Erste Beispiele für diese Konsequenz sind bereits 2024 zu beklagen. Da die Produktion in Drittstaaten aufgrund eines niedrigeren klimapolitischen Ambitionsniveaus häufig mit höheren CO₂-Emissionen verbunden ist als die Fertigung in der EU, konterkariert diese Politik die eigentliche Zielsetzung „Klimaschutz“.



- **Internationale Wettbewerbsfähigkeit**
Viele unserer Mitgliedsunternehmen erzielen substantielle Umsatzanteile im Export in nicht-EU-Länder. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist durch die Entwicklung der Energiekosten und Lohn-/Gehaltsabschlüsse bereits seit Jahren massiv in Mitleidenschaft gezogen. Die im Zusammenhang mit CBAM steigenden CO₂-Kosten für unser Vormaterial verschlechtern unsere Position zusätzlich. Aufgrund des Klimazolls auf importiertes Rohmaterial können wir dieser Entwicklung auch nicht durch Umstellung auf andere Lieferquellen entgegenwirken. Das führt mittelfristig zu massiven Umsatzeinbußen und in Folge auch zu Insolvenzen.
- **Bürokratie**
Die Erhebung der für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten erforderlichen Daten ist mit erheblichem Aufwand verbunden, der von kleineren Unternehmen vielfach gar nicht geleistet werden kann.

Nach unserer Einschätzung führt die Umsetzung der gesetzlichen CBAM-Regelungen zwangsläufig zu einer Deindustrialisierung der EU, verbunden mit einem erheblichen Anstieg von Insolvenzrisiken und Arbeitslosigkeit.

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, dass der Grenzausgleich überdacht und zurückgezogen wird. Die vorgesehene Politikgestaltung führt nicht zu einer Verbesserung der globalen Klimabilanz wohl aber zu massiven Wohlstandsverlusten in der EU. Eine sinnvolle und für das Klima wirksame Politik kann nur im globalen, multilateralen Maßstab erreicht werden. Jede Lösung, die Asien und die USA nicht mit vergleichbaren Regeln einbezieht ist zum Scheitern verurteilt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Gierse
Vorstandsvorsitzender Fachvereinigung Kaltwalzwerke

Ekkehard Böhm
Vorsitzender ECRA